

«Keine Subventionen für einzelne Branchen»

Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta zum Massnahmenpaket des Bundesrats

Die geplante Unterstützung der vom starken Franken gebeutelten Betriebe oder Branchen stösst beim Wirtschaftsdachverband auf Ablehnung. Er plädiert für einen Steuerrabatt für alle.

Herr Gentinetta, der Bundesrat will mit 2 Milliarden Franken die Export- und die Tourismuswirtschaft subventionieren? Unterstützt der Wirtschaftsdachverband dieses Massnahmenpaket?

Wir begrüssen, dass der Bundesrat handeln will. Die Frankenstärke ist eine Herkulesaufgabe. Um sie zu lösen, braucht es einen Kraftakt: von den Unternehmen, von den Sozialpartnern, von der Nationalbank, aber auch von der Politik. Subventionen an Unternehmen lehnen wir aber entschieden ab. Wir sind dagegen, dass der Staat einzelnen Branchen und Unternehmen unter die Arme greift. Wir müssen Wege finden, um die Unternehmen kostenseitig zu entlasten – alle Unternehmen.

Ein grosser Teil der Economiesuisse-Mitglieder sind Exporteure. Riskieren Sie mit dieser Position keine Zerreihsprobe im Verband?

Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich habe mich heute mit den Direktoren der wichtigsten Branchenverbände über das Massnahmenpaket des Bundesrats beraten. Dabei gab es einen Konsens darüber, dass wir keine Industriepolitik und keine Subventionen für einzelne Branchen befürworten.

Aber es sind ja vor allem die Exporteure, die unter dem starken Franken leiden.

Eben nicht nur. Die Schweizer Zulieferer, seien es Dienstleister oder Industriebetriebe, sind dem Preisdruck ebenfalls stark ausgesetzt, denn ihre ausländischen Konkurrenten werden in den nächsten Monaten verhältnismässig massiv billiger sein.

Wenn die ganze Wirtschaft von den 2 Milliarden profitieren soll, ist die Wirkung relativ gering. Den Unternehmen, denen die Frankenschwäche am meisten zusetzt, ist damit wenig geholfen.

Es gibt immer einen Zielkonflikt zwischen Fokussierung und Nichtdiskriminierung. Und wie gesagt ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Betroffene von Nichtbetroffenen zu separieren.

Ist es unter diesen Bedingungen sinnvoll, 2 Milliarden Franken auszugeben?

Zum genauen Betrag möchte ich mich beim heutigen Stand der Diskussion nicht äussern. Aber wir sind der Mei-



Pascal Gentinetta: «Die Politik hat die Aufgabe, vertrauensbildende Signale zu senden.»

ADRIAN BAER / NZZ

nung, dass die Politik jetzt ein kräftiges Zeichen setzen muss. Sie muss zeigen, dass sie gewillt ist, die Rahmenbedingungen für Unternehmen nachhaltig zu verbessern.

Aber das ist kurzfristig doch gar nicht möglich.

Es braucht nachhaltig wirkende Reformen, aber es braucht auch kurzfristige Massnahmen und Signale. Viele Unternehmen werden sich demnächst mit Standortfragen befassen müssen, und die Budgetphase für nächstes Jahr steht an. Wenn ein Betrieb ins Ausland abwandert, ist er weg, und zwar für immer. Die Politik hat die Aufgabe, jetzt vertrauensbildende Signale zu senden.

Auf welchem Weg sollen die Unternehmen denn temporär entlastet werden?

Verschiedene Modelle sind denkbar. Man könnte steuerlich bei den Rückstellungen oder der Verlustbehandlung ansetzen. Möglich wäre auch ein sofort wirkender Steuerrabatt bei der Gewinnsteuer. Klar ist, dass Massnahmen mit einer nachhaltigen Wirkung im Zentrum stehen müssen. Genehmigt das Parlament einen einmaligen Betrag in Milliardenhöhe, muss eine längerfris-

tige Strategie dahinter sein, um die Standortqualität zu verbessern.

Wie lautet diese Strategie?

Ein Steuerrabatt oder eine ähnliche Massnahme könnte den Weg für eine generell tiefere Gewinnbesteuerung ebnen. Es wäre ein Zeichen, dass die Politik gewillt ist, die Unternehmenssteuerreform III anzupacken und durchzuführen. Auch deshalb sollte die Massnahme diskriminierungsfrei sein; Industriepolitik oder ein sektorieller Ansatz wäre genau das falsche Signal.

Gibt es sonst keine sinnvollen kurzfristigen Massnahmen?

Die gibt es. Aber es gibt auch Dinge, die man nicht tun sollte. Es stehen Entscheide an, welche unseren Standort stark belasten würden. Dazu gehört die CO₂-Vorlage, die im September ins Parlament kommt. In ihrer heutigen Form wäre sie eine unnötige Bestrafung des Arbeitsplatzes. Bei den Massnahmen zur CO₂-Reduktion darf man nicht aufs Inland fokussieren, denn die Kompensation im Ausland ist viel billiger, und die Klimawirkung die gleiche. Der starke Franken verteuert massiv die Kosten der Inlandmassnahmen.

Der Bundesrat hat stichwortartig bekanntgegeben, er wolle auch kurzfristig in den Bereichen Forschung, Innovation und Infrastruktur investieren, um die Frankenstärke zu bekämpfen. Ist das aus Sicht der Wirtschaft sinnvoll?

Wir hören, dass derzeit Projektanträge bei der Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) abgelehnt werden. Hier könnte rasch geholfen werden.

Der Bundesrat hat sich für eine Verschärfung des Kartellrechts ausgesprochen. Er befürwortet plötzlich ein Verbot vertikaler Abreden, das er wie Economiesuisse bisher abgelehnt hat. Wechselt die Wirtschaft jetzt auch ihre Position?

Wir setzen uns entschieden für Durchsetzung eines funktionierenden Wettbewerbs ein und begrüssen auch die Aufstockung der Ressourcen der Wettbewerbskommission. Was ein allfälliges Verbot betrifft, sind wir froh, dass dies in einem ordentlichen Verfahren geklärt werden soll. Wir gehen diese Diskussionen ergebnisoffen an. Der Übergang vom heutigen Missbrauchs- zum Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt hat Vor- und Nachteile, die gut gegeneinander abgewogen werden müssen.

Interview: Simon Gemperli